

Mitteilungsblatt

Best Practice Sharing und Lessons Learned

Mit bewährten Wissensmanagement-Instrumenten die praktische Gestaltung von Wissensmanagement im Jugendamt aktivieren.

In den letzten beiden Ausgaben des Mitteilungsblatts (1 + 2/2016) wurde in das Thema Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Kernaufgaben erläutert und eine Implementierungsstrategie vorgestellt. Darauf aufbauend werden nun Möglichkeiten aufgezeigt, mit denen Wissensmanagement in Behörden praktiziert werden kann. Hierzu gibt es ein breit gefächertes Repertoire an Methoden und Werkzeugen, das die Vielfältigkeit des beruflichen Alltags im Jugendamt berücksichtigt und für den jeweiligen Bedarf oder Kontext ein geeignetes Instrument anbietet.

Inhaltsverzeichnis

Thema

Best Practice Sharing und Lessons Learned 1

Berichte

*Rothenburger Planungstage:
20. bis 22. Juli 2016* 8

*Interdisziplinäre Fachtage „Interkulturelle
Arbeit in den Frühen Hilfen“* 9

Info

*„Was macht eigentlich CASHLESS-
MÜNCHEN?“* 13

Verzeichnis der Bayerischen Jugendämter 19

Landesjugendhilfeausschuss 19

Bayerisches Landesjugendamt 20

Zu guter Letzt 20

Impressum 20

Wenn Wissensmanagement noch ein neues oder gar unbekanntes Thema in der Behörde ist, dann eignen sich für den Einstieg vor allem klassische und bewährte Methoden und Werkzeuge. Zu den bekanntesten Methoden von Wissensmanagement zählen neben Best Practice Sharing und Lessons Learned auch Expertenverzeichnisse und verschiedene Formen von Wissenslandkarten. Sie sind vielfach erprobt und machen auch mit noch wenigen Vorkenntnissen die praktische Gestaltung von Wissensmanagement im Jugendamt möglich.

1. Best Practice Sharing

Bei Best Practice handelt es sich um eine bewährte Vorgehensweise, einen gelungenen Ablauf eines Projekts oder um bereits erprobte und optimierte Methoden, um Aufgaben zu bewältigen. Die bereits erarbeiteten Lösungen werden daher gerne als Erfolgsmodell oder Erfolgsmethode bezeichnet und sind als Vorbild für die Bewältigung künftiger Aufgaben gedacht. Bei Best Practice Sharing geht es aber nicht nur um das Teilen von Erfolgsstrategien. Dazu gehören auch „Best Practices

zu identifizieren, aufzubereiten, weiterzugeben und weiterzuentwickeln. Best Practice Sharing liefert die Grundlage dafür, dass die Mitglieder einer Organisation auf Wissen und Erfahrungen von anderen zur Lösung spezifischer Probleme gezielt zugreifen können“ (Reinmann, 2009, S. 77). Wenn Best Practice Sharing in der Behörde eingeführt und stetig weiterentwickelt wird, wird die anfängliche Mehrarbeit – wie es bei neuen und unerprobten Arbeitsabläufen stets der Fall ist – schließlich reduziert oder Doppelarbeit gar vermieden. Darüber hinaus baut der Best Practice Ansatz dem Verlust von Wissen vor und dient somit der Wissensbewahrung.

Um Best Practice Sharing in der Behörde einzusetzen, kann eine Projektgruppe installiert oder ein Workshop abgehalten werden. Ziel ist dabei, bereits bewährte Strategien (z. B. Vorgehen bei Kindeswohlgefährdung, interne Kommunikation) zu eruieren und zu verschriftlichen. Bei der Dokumentation und Speicherung von Best Practices ist zu beachten, dass diese für alle nachvollziehbar sein müssen und der Speicherort bekannt ist. Best Practices sind dabei nicht starr, sondern müssen an den jeweilige Bedarf (z. B. bei Gesetzesänderungen) angepasst und weiterentwickelt werden. Diejenigen Behörden, die bereits mit Intranet arbeiten, haben darüber hinaus die Möglichkeit, die jeweiligen Best Practice auch dort abzulegen. Mit Hilfe der Verschlagwortung und Intranetsuche wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnet, schnell und einfach zu den jeweiligen Best Practices zu gelangen.

2. Lessons Learned

Sprichwörtlich geht es darum, Lehren aus Projekten oder auch aus dem bisherigen Verfahrensablauf der Arbeit zu ziehen. Dabei sollen alle Erfahrungen festgehalten werden, um geeignete Praktiken zu wiederholen und weniger geeignete zu vermeiden. Ziel dieser Methode ist es demnach „systematisch aus erfolgreichen und weniger erfolgreichen Vorgehensweisen bzw. Fehlern für die Zukunft zu lernen und diese Lehren nachhaltig in der Organisation zu verankern“ (Mittelmann, 2011, S. 75). Hierfür bedarf es einer Fehlerkultur in der Behörde, die nicht verurteilt, sondern bereit ist, Lehren aus der Situation zu ziehen.

Werden Lessons Learned im Jugendamt eingesetzt, so kommen nach Mittelmann (2011, S. 75) drei Prozesse zum Tragen:

1) Identifizieren und Aufbereiten der Erfahrungen:

Zunächst müssen von der Amtsleitung oder Abteilungsleitung Projekte, Aktivitäten oder besondere Ereignisse ausgewählt werden, die deutliche Verzerrungen in positiver oder negativer Art vorzuweisen haben und daher deutlich über oder unter dem erwarteten Erfolg liegen. Um ein möglichst breites Bild der vorausgegangenen Situation zu erhalten, empfiehlt es sich, möglichst viele beteiligte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befragen. Als Erhebungsmethode eignen sich z. B. Einzel-, aber auch Gruppeninterviews.

Um die Verständlichkeit und Wiederverwendung zu gewährleisten, empfiehlt Mittelmann (ebd., S.76) folgender Grundstruktur zu folgen:

- a) Gesamtsituation und Rahmenbedingungen, unter denen diese Erfahrungen gemacht wurden, kurz beschreiben.
- b) Die identifizierten Kernthemen beschreiben und begründen, was in einer Situation genauso wieder gemacht, unbedingt vermieden oder ganz anders gehandhabt werden sollte.

c) Eventuell allgemeine Empfehlungen hinzufügen, die nicht in das Schema unter Punkt b passen.

2) Maßnahmen ergreifen

Die Analyse der Dokumentation unter Bezugnahme der Prozesse und Praktiken in der Behörde, ermöglichen eine verbesserte Handhabung der ausgewählten Abläufe und Vorgehensweisen. Auch Sofortmaßnahmen sind denkbar, sofern einige gravierende Fehler identifiziert worden sind.

3) Gelerntes integrieren

Nach einer gewissen Zeit müssen die gesetzten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und ggf. abgeändert werden, falls die gewünschten Veränderungen noch nicht erzielt wurden. Sind die erzielten Ergebnisse jedoch mindestens zufriedenstellend, so müssen sie in Prozesse sowie Verfahrensvorschriften und Dienstweisungen integriert werden.

Auch bei Lessons Learned gilt die Transparenz für den Speicherort sowie die Nachvollziehbarkeit der Dokumentation.

Interview mit Frank Schmidt, Bereichsleiter Soziale Dienste und erzieherische Hilfen, Stadtjugendamt Nürnberg

Mitt.Blatt: *Wissensmanagement ist in aller Munde und auch der Öffentliche Dienst entwickelt zunehmend Strukturen, um beispielsweise Doppelarbeit und Doppelablage zu vermeiden oder effektiveres Arbeiten und schnellere Einarbeitung zu ermöglichen. Was hat das Stadtjugendamt Nürnberg dazu bewogen, im Bereich Wissensmanagement tätig zu werden?*

Schmidt: *Wenn ich die letzten Jahre Revue passieren lasse, dann wird deutlich, dass das Stadtjugendamt Nürnberg größer geworden ist und eine komplexere Struktur bekommen hat. Wir haben aktuell zwei Abteilungsleitungen, neun Regionalleitungen und 160 Mitarbeiter im ASD. Gerade im ASD sind die Herausforderungen deutlich spürbar, weil die Aufgabenvielfalt und die Regelungsdichte gewachsen sind oder sich verändert und erweitert haben. Dies hat auch zur Folge, dass die internen und externen Netzwerke immer wieder angepasst werden müssen. Nicht zuletzt möchte das Stadtjugendamt Nürnberg Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Dauer binden und sie auch gesund erhalten.*

Vor diesem Hintergrund ist der Transfer von Wissen eine unserer großen Herausforderungen. Klassische Instrumente wie Dienstbesprechung reichen nicht mehr aus, um Kooperation und Kommunikation im Amt sicherzustellen. Daher setzen wir uns seit einigen Jahren mit dem Thema Wissensmanagement auseinander und haben ein Repertoire an Möglichkeiten für die tägliche Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen.

Mitt.Blatt: *Welche Möglichkeiten sind das im Konkreten?*

Schmidt: *Vorweg möchte ich erwähnen, dass wir über einen Zeitraum von zwei-einhalb Jahren zusammen mit dem Stadtjugendamt Schwabach ein vom Europäischen Sozialfonds finanziertes Personalentwicklungsprojekt durchgeführt haben, das uns zahlreiche Impulse für neue aber auch die Weiterentwicklung bereits be-*

stehender Konzepte gegeben hat.

Zum einen haben wir unser Einarbeitungskonzept, das u. a. Meilensteine während des Einarbeitungsprozesses vorsieht, aber auch Verbindlichkeiten festgelegt.

Außerdem haben wir unser Mentoring-Konzept. Neue Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter werden von einem erfahrenen Kollegen begleitet, der ihnen Orientierung in der Arbeitsstruktur oder den jeweiligen Aufgaben gibt.

Für unsere neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen wir auch Hospitationen in unserem Haus. Indem sie andere Organisationsbereiche und Personen kennenlernen können, wird auch Transparenz hergestellt.

Unsere „Schwerpunktsachbearbeiter“ haben eine besondere fachliche Qualifikation, z. B. im Bereich Jugendgerichtshilfe. Sie sind also einerseits Experten für ein spezielles Thema, andererseits haben sie eine Multiplikatorenfunktion, da sie Neuerungen in die einzelnen Teams bringen.

Darüber hinaus haben wir die „Infobox“, eine technikgestützte Intranetlösung, die ständig gepflegt und aktualisiert wird. Verschiedene Rubriken geben Orientierung bei der Suche nach themenbezogenen Besprechungsprotokollen, Aufsätzen, Dienstanweisungen, Organisationshinweisen, Formularen oder Verfahrensbeschreibungen.

Dann haben wir noch unser Trainer-Konzept. Für bestimmte Themen wie Trennung und Scheidung bilden wir Trainer aus, die später in anderen Einheiten ihre Kolleginnen und Kollegen schulen. Dies stärkt die Handlungs- und Methodenkompetenz unserer Belegschaft im ASD.

Mithilfe des Qualitätszirkels können unsere Mitarbeiter auf kollegialer Ebene Fälle reflektieren und Lösungen für künftige Fälle entwickeln.

Insgesamt ist uns eine konstruktive Fehlerkultur wichtig. Wir wollen die Angst vor fehlerhaften Handlungen abbauen, indem wir unsere Belegschaft fortbilden und gesund erhalten.

Mitt.Blatt: Was glauben Sie, schätzen Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonders an Ihrem breit gefächerten Wissensmanagement-Repertoire?

Schmidt: Mit all unseren Möglichkeiten versuchen wir ein positives Arbeits- und Betriebsklima zu erreichen. Durch unser Einarbeitungs- und Mentoring-Konzept sowie die Hospitation werden neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht alleine gelassen, sondern erhalten eine kompetente Begleitung – und zwar nicht nur in ihrer Anfangszeit. Auch danach haben wir mit unseren Konzepten die Möglichkeit geschaffen, die Beurteilungs- und Handlungsfähigkeit der jeweiligen Fachkräfte zu schulen, was die Reflexionsfähigkeit sowie das professionelle Handeln weiterentwickeln. Dies wiederum trägt dazu bei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu binden und vor allem auch deren psychische Resilienz zu stärken und sie gesund zu erhalten.

Mitt.Blatt: Was sind für Sie die größten Herausforderungen für das Wissensmanagement in Behörden?

Schmidt: Zeit und Informationsflut sind sicher zwei herausragende Punkte. Au-

ßerdem haben es weniger technikaffine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwerer im Umgang mit EDV-gestützten Wissensmanagement-Lösungen. Darüber hinaus wird für unsere Behörde in den kommenden Jahren der Wissens- und Kompetenztransfer durch altersbedingte Fluktuationsprozesse eine unserer größten Herausforderungen sein.

Mitt.Blatt: Was sind die hot topics für die nächsten drei Jahre?

Schmidt: *Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen zahlreiche Informationen und oftmals ist es schwer, daraus die richtige Info für sich zu filtern. Gerade unsere „Infobox“ ist gut mit Dokumenten zu den unterschiedlichsten Themen gefüllt, was die Suche teilweise erschweren kann. Für die nächsten Jahre schwebt uns daher eine Weiterentwicklung dieser technikgestützten Lösung von Wissensmanagement vor, indem wir unserem System, z. B. mithilfe eines Wikis¹ noch mehr Struktur geben.*

Die altersbedingte Personalfluktuatation führt uns außerdem dazu die Ressourcen im Wissens- und Kompetenztransfer weiterzuentwickeln und in einem ständigen Prozess nachhaltig zu gestalten, sodass sie für unsere Fachkräfte einen sichtbaren Effekt haben.

Mitt.Blatt: Vielen Dank für das Gespräch.

3. Expertenverzeichnisse (Yellow Pages)

Expertenverzeichnisse sind ein geeignetes Instrument für die Organisation von Wissen innerhalb eines Amtes. Sie geben der Belegschaft einen schnellen Überblick über Fähigkeiten und Kompetenzen sowie Qualifikationen und Themenschwerpunkte von Kolleginnen und Kollegen. Expertenverzeichnissen kommt eine Wegweiser-Rolle zu, da sie Wissensträger identifizieren und einen schnellen und systematischen Zugriff auf Wissen in der Behörde möglich machen. Auch die Zusammenstellung von Projektteams kann mit Hilfe von Expertenverzeichnissen gesteuert werden, da das Verzeichnis die Profile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offenlegt und so entsprechende Teams schnell und unkompliziert zusammenfinden. Darüber hinaus werden Such- und Recherchezeiten reduziert und es erfolgt eine gewisse Dokumentation über das Wissen, das in der Behörde vorhanden ist.

Expertenverzeichnisse können als Liste in Excel oder Word gepflegt werden. Benutzerfreundlicher sind jedoch Datenbanken, die im Intranet der Behörde verankert sind, da über die Suche nach Personen oder Themenbereichen ein schneller Zugriff auf die Daten möglich ist. Sie sind jedoch nur nützlich, wenn sie gepflegt und aktualisiert werden.

Expertenverzeichnisse sollten folgende Informationen über die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beinhalten:

- Name
- Abteilung/Team/Fachbereich etc.

¹ Wiki ist ein webbasiertes Instrument für die kollaborative Entwicklung von Inhalten. Beispiel für einen Inhalt ist ein gemeinschaftlich verfasster Artikel. Die Benutzer können die Inhalte sowohl lesen, als auch verändern.

Thema

- Berufliche Qualifikation
- Berufserfahrung
- Fachliche Schwerpunkte

Da es sich hier um personenbezogene Daten handelt, entscheiden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst, welche Informationen hinterlegt werden sollen bzw. ob überhaupt ein Profil angelegt werden soll. Wird die Entscheidung in der Behörde getroffen, Expertenverzeichnisse einzusetzen, so sollte ab Beginn des Projekts der Datenschutzbeauftragte mit hinzugezogen werden.

4. Wissenslandkarten

Wissenslandkarten sind grafische Darstellungen von vorhandenem oder benötigtem Wissen, Wissensträgern und Beziehungen. Sie visualisieren somit Zusammenhänge im Wissensmanagement und geben zeitgleich Orientierung bei komplexen Zusammenhängen. Reinmann (2009, S. 75) macht deutlich, dass Wissenslandkarten nicht dazu dienen Wissensinhalte zu visualisieren, sondern „Experten als Wissensträger, Art und Ort von Wissensbeständen, Wissensressourcen bezogen auf konkrete Abläufe und / oder Zusammenhänge von Wissen oder Wissensträgern“ dargestellt werden sollen. Gerade wenn viele Informationen und Daten vorliegen, verschaffen Wissenslandkarten einen Überblick und geben Aufschluss darüber, wer Wissensträger ist oder welches Wissen noch benötigt wird.

Es können folgende Wissenslandkarten unterschieden werden (Reinmann, 2009 S. 75 f.):

- **Wissensträgerkarten** identifizieren Experten als Wissensträger innerhalb der Organisation, wie beispielsweise Expertenverzeichnisse. Der Nachteil: Sie visualisieren die Wissensträger und deren Beziehung meist nicht.
- **Wissensbestandskarten** geben eine Übersicht wo, wie viel, in welcher Form und in welchem Format (z. B. analog oder digital) Wissen in der Organisation bewahrt wird.
- **Wissensanwendungskarten** sind die Kombination aus Wissensträger- und Wissensbestandskarten, da sie die in einer Organisation vorhandenen Wissensressourcen mit Prozessen und / oder Verfahrensschritten abbilden und somit Synergiemöglichkeiten visualisieren.
- **Wissensstrukturkarten** bilden komplexe und vielschichtige Elemente und deren Verknüpfungen in einem Wissensgebiet ab.

Für die Erstellung von jeder Form von Wissenslandkarten empfiehlt es sich die von Mittelmann (2011, S. 182 ff.) dargestellten fünf Schritte zu beachten:

- 1) Bestandsaufnahme und Analyse
Wissensintensive Bereiche, Verfahren oder Abläufe im Jugendamt oder auch Wissensträger und Wissensbestände müssen zunächst identifiziert werden. Kernbereiche und Kernaktivitäten der Behörde können so auf Schwierigkeiten, Herausforderungen oder Probleme untersucht und später daraufhin bewertet werden.

In diesem Schritt ist das Wichtigste, eine klare Zielsetzung zu formulieren, weshalb eine Wissenslandkarte erstellt wird.

2) Modellierung

Die Ergebnisse, die in Schritt 1 gewonnen wurden, müssen geordnet und aufbereitet werden. Hier bedarf es elektronischer Unterstützung, um die gewonnenen Daten im nächsten Schritt in einer entsprechenden Form darzustellen.

3) Technisierung

Um die Visualisierung der Wissenslandkarte adäquat zu gestalten, gibt es eine Reihe verschiedener elektronischer Erfassungsprogramme, wie z. B. FreeMind, die im Netz als Open Source verfügbar sind und die sich für die Erstellung von Wissenslandkarten eignen.

4) Inbetriebnahme

Die Visualisierung der Daten wird in diesem Schritt realisiert, sodass die Belegschaft der Behörde mithilfe der erstellten Wissenslandkarte nach relevanten Informationen suchen kann. Die spezifische Visualisierungstechnik (z. B. Wissensträger- oder Wissensanwendungskarte) wird je nach Zweck ausgewählt. Wissensträgerkarten können beispielsweise gut als Mind Map realisiert werden, da die Hauptäste die Wissensgebiete und die Zweige die Experten für die jeweiligen Wissensgebiete anzeigen könnten.

5) Betrieb und Wartung

Wissenslandkarten müssen kontinuierlich an den Bedarf angepasst und gepflegt werden, um den Nutzen aufrechtzuerhalten.

Fazit

Für die aktive Gestaltung von Wissensmanagement gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Methoden und Instrumente. Die vorgestellten Methoden verschaffen eine gute Möglichkeit mit wenigen Vorkenntnissen Wissensmanagementprozesse in der Behörde zu gestalten und zu aktivieren. Die Auswahl der jeweiligen Methodik nimmt einen zentralen Baustein bei der Gestaltung des zukünftigen Wissensmanagementprozesses ein. Fragen wie „Was wollen wir erreichen?“ oder „Wie wollen wir in Zukunft damit umgehen?“ sind berechtigt und dienen am Anfang des Prozesses dazu, eine gute Auswahl für den jeweiligen Themenbereich zu treffen und eine dazu passende Methode auszuwählen.

Sandra Schader

Literatur:

Mittelmann, A. (2011). Werkzeugkasten Wissensmanagement. Norderstedt: Books on Demand GmbH.

Reinmann, G. (2009). Studententext Wissensmanagement. Universität Augsburg Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät. Online verfügbar: http://gabi-reinmann.de/wp-content/uploads/2009/07/WM_Studententext09.pdf (letzter Zugriff: 19.9.16).

Resümee: Rothenburger Planungstage - 20. bis 22. Juli 2016

56 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Arbeitsbereichen Jugendhilfeplanung und Sozialplanung in den Jugendämtern

davon 10 neue Kolleginnen und Kollegen



8 Themen wurden während der 3 Tage bearbeitet:

- APPs als Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit
- Pilotprojekt „Wissensmanagement für Jugendhilfeplanerinnen und -planer“
- Open Data in der Jugendhilfeplanung
- Planungen im Bereich der uM: Planungsbeispiele aus den Jugendämtern
- Die SGB VIII-Reform
- Vorstellen und Diskussion des AG-Ergebnisses zum Thema „Ganztagesbetreuung“
- Vorstellen und Diskussion des AG-Ergebnisses zum Thema „Bestandserhebung“
- „Netzwerken!": Möglichkeit für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Themen vorzustellen, bei denen Erfahrungen / Wissen der Kollegen angefragt bzw. genutzt werden kann.

Die Tagungsunterlagen sind den Teilnehmerinnen und Teilnehmern passwortgeschützt über die ZBFS-Cloud zugänglich.

Bewertung der Tagung



Termin 2017: 12. bis 14. Juli



Grit Hradetzky

Interdisziplinäre Fachtage „Interkulturelle Arbeit in den Frühen Hilfen“

Das ZBFS-Bayerisches Landesjugendamt hat in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) jeweils einen Fachtag zum Thema **„Interkulturelle Arbeit in den Frühen Hilfen“** in München (20.04.2016) und Augsburg (29.06.2016) veranstaltet.

Zielgruppe der Veranstaltung waren im Rahmen der Bundesinitiative Frühe Hilfen zertifizierte Familienhebammen / Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen (im Weiteren Gesundheitsorientierte Familienbegleitung – GFB – genannt), und KoKi-Fachkräfte aus den Jugendämtern.

Nach zwei Kurzvorträgen für beide Berufsgruppen zu den Themen **„Die Zukunft ist bunt: Interkulturell kompetentes Handeln in den Frühen Hilfen“** und **„Asyl- bzw. Sozialrecht und Begrifflichkeiten“** wurden berufsgruppenspezifische Workshops abgehalten. Neben der einheitlichen Wissensvermittlung wurde so auch der Transfer in die Alltagspraxis gut ermöglicht.

Die Referentinnen des ersten Vortrages waren *Dr. Miriam Morgan* in München und *Silke Ettl* in Augsburg. Beide haben unter anderem einen Lehrauftrag am *Institut für Interkulturelle Kommunikation* an der *LMU München*.

Neben kurzen Definitionen von *Kultur* und *Vielfalt* ging es in dem Vortrag vorwiegend um unterschiedliche Kulturmodelle und Stufen der interkulturellen Kompetenz. Die vorgestellten Kulturmodelle bezogen sich ausdrücklich nicht auf Nationalitäten oder Herkunftsländer, sondern vielmehr wurde den Teilnehmenden die „kulturelle Brille“ bewusst gemacht, durch die bestimmte Erziehungsziele und Vorstellungen von gelungener Sozialisation gesehen werden. Dies wurde sehr anschaulich dargestellt (z. B. anhand von kulturell unterschiedlichen Idealen von Schlafgewohnheiten oder der Ernährung von Babys und stillenden Müttern) und mit praktischen Tipps für die Beratung von Familien in entsprechenden Settings untermauert.

Die Referentinnen des zweiten Vortrages kamen beide aus dem *StMAS*. Den Auftakt in München übernahm *Sindy Hempel*, *Referat V 5.2 Asyl - Grundsatzfragen*. In Augsburg referierte *Katharina Eberle*, *Referat S 6 Forum Soziales Bayern*.

Dieser Vortrag befasste sich mit der Klärung von Begrifflichkeiten aus dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und mit den jeweiligen Zuständigkeiten, die vom Status der Eingereisten abhängen. In Anlehnung an diese Zuständigkeiten wurden auch die dem jeweiligen Status entsprechenden Leistungsansprüche aufgezeigt. Sehr interessant waren auch die einzelnen Stufen, die in Deutschland ankommende Asylsuchende durchlaufen. Auf diese wurde dezidiert eingegangen. Anschauliches Zahlenmaterial über die Intensität der Zugänge der letzten Jahre in Deutschland – und insbesondere in Bayern – machten den erheblichen Mehraufwand seit 2015 für die Kinder- und Jugendhilfe deutlich.

Workshop I: Interkulturelle Beratung von Familien mit Migrationshintergrund

Im Plenum berichteten die Gesundheitsfachkräfte über folgende Praxiserfahrungen /

Fragestellungen: Wie kann mit kulturellen Unterschiedlichkeiten im Hinblick auf Erziehungsmethoden an der Grenze zur Gesundheitsgefährdung / Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII) umgegangen werden?

- Wie können in der Beratung kulturell bedingte „Fettnäpfchen“ vermieden werden (z. B. Begrüßung)?
- Wie können sprachliche Barrieren überwunden werden?
- Oftmals können keine „klassischen“ Fälle mehr übernommen werden, da viele Flüchtlingsfamilien alle Kapazitäten in Anspruch nehmen. Wo liegt hier die Grenze der FamHeb / FGKiKP-Arbeit?
- Wie können kulturelle Unterschiede angesprochen werden, ohne dass sich die Person gegenüber verletzt fühlt?
- Wie kann die eigene Rolle / Funktion deutlich gemacht werden? Wo können Grenzen der Hilfe aufgezeigt werden? Welche eigenen „Werte“ darf man vertreten?

Workshop II: Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung von Asylsuchenden in den Frühen Hilfen

In diesem Workshop fand ein Austausch der KoKi-Fachkräfte über verschiedene Fragestellungen rund um die Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung von Asylsuchenden durch Frühe Hilfen statt. Dabei wurde zunächst über den bestehenden Bedarf von asylsuchenden Familien diskutiert und anschließend darüber, welche Möglichkeiten der Unterstützung es im Bereich der Frühen Hilfen gibt. Klar wurde, dass die Frühen Hilfen in diesem Bereich schnell an ihre Grenzen stoßen. Ebenfalls thematisiert wurde, worauf Fachkräfte der KoKi als Auftraggeber beim Einsatz der GFB achten sollten, um Überforderungssituationen der eingesetzten Fachkräfte zu erkennen bzw. zu vermeiden. Abschließend wurden mögliche Ursachen für Konflikte oder Missverständnisse ausgemacht.

Hier die wichtigsten Ergebnisse:

Wahrgenommener Bedarf von asylsuchenden Familien im Kontext der Frühen Hilfen

Die Betroffenheit der KoKi-Stellen ist regional sehr unterschiedlich und Bedarfe werden unterschiedlich wahrgenommen und entsprechend unterschiedlich formuliert:

- Helferkreise und KoKi-Fachkräfte stellen z. T. unterschiedliche Unterstützungsbedarfe fest.
- Asylsuchende Familien äußern häufiger den Bedarf an einer materiellen Grundausstattung sowie nach einer Orientierungshilfe im deutschen Hilfe- und Gesundheitssystem.
- Eine Aufklärung über die Funktion eines Jugendamtes ist dringend notwendig, da es in vielen Herkunftsländern von asylsuchenden Familien keine vergleichbaren Institutionen gibt (z. B. wird „Jugendamt“ oft mit „Polizei“ assoziiert).
- Orientierung ist auch bezüglich kultureller Unterschiede notwendig (z. B. in Bezug auf Ernährung, Wertevorstellungen, Rollenverständnis von Mann und Frau).

Gerade weil die Unterstützungsbedarfe so unterschiedlich eingeschätzt werden, ist es besonders wichtig auch bei der Arbeit mit asylsuchenden Familien immer den Ansatz der Freiwilligkeit und Transparenz zu verfolgen. Die Unterstützung durch die

KoKi kann nur dann erfolgen, wenn diese von den Familien freiwillig in Anspruch genommen wird.

Möglichkeiten der Unterstützung durch KoKi-Fachkräfte

Möglichkeiten auf Ebene des Netzwerkes:

- Lücken im Netzwerk aufdecken und füllen
- Arbeitshilfen erstellen (z. B. Checklisten)
- Koordination von Arbeitskreisen mit verschiedenen Netzwerkpartnern
- Fortbildungen für Netzwerkpartner anbieten (z. B. Fachtage initiieren)
- Erstellen von Wegweisern für asylsuchende Familien

Möglichkeiten auf der Ebene der familienbezogenen Arbeit:

- Übernehmen der Lotsenfunktion (Vermittlung an Netzwerkpartner)
- Einsatz einer GFB im Rahmen von Sprechstunden oder Einzelfallhilfe (mit Fokus auf primär- und sekundärpräventive Unterstützung, insbesondere im Bereich der Ernährung und Pflege des Kindes)
- Einsatz von Ehrenamtlichen
- Integration der asylsuchenden Familien in ein soziales Netz
- Erleichterung des Zugangs zu verschiedenen Institutionen (z. B. durch Begleitung zu Ärzten etc.)

Grenzen der Unterstützung durch KoKi-Fachkräfte

- Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ soll gewahrt werden
- Zielgruppe und Aufgaben der KoKi im Auge behalten
- Beachtung von Datenschutzbestimmungen
- Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung
- Sprachbarrieren
- Abgrenzung von Aufgaben der KoKi von denen der Helferkreise für Asylsuchende
- Persönliche Belastbarkeit der einzelnen KoKi-Fachkräfte
- Personalressourcen

Mögliche Anzeichen von Überforderung bei den durch die KoKi-Fachkräfte eingesetzten GFB

Die KoKi bzw. das Jugendamt hat als Auftraggeber für eingesetzte GFB oder Ehrenamtliche eine gewisse Fürsorgepflicht. Deshalb war die Frage, wie sich Anzeichen von Überforderung äußern können, besonders wichtig. Mögliche Anzeichen von Überforderung können sein:

- Tägliche Anrufe bei KoKi zur Fallbesprechung
- Unentgeltliche Betreuung der Familie über den Auftrag hinaus
- Übernahme von Tätigkeiten, die nicht im Auftrag festgelegt wurden
- Fehlende emotionale Abgrenzung der GFB / des Ehrenamtlichen von der Familie

Grundsätzlich ergab sich im Workshop das Bild, dass die eingesetzten GFB sehr schnell Rückmeldung an die KoKi-Fachkräfte geben, wenn sie sich unsicher oder bereits überfordert fühlen.

Missverständnisse aufgrund kultureller Unterschiede

Viele Missverständnisse entstehen durch Unkenntnis und ein wechselseitig mangelndes Verständnis für die Besonderheiten der jeweils anderen Kultur. Diesen Missverständnissen kann mittels offener Fragen begegnet werden. Rituale, Verhaltensweisen, Werte, Normen etc., die in der deutschen Kultur selbstverständlich erscheinen, können in anderen Kulturen ganz anders sein. Es empfiehlt sich zudem, dass Fachkräfte ihre eigenen Normen und Werte reflektieren und gleichzeitig offen und neugierig für „Neues“ sind. Selbstverständlich sind Grenzen immer dann erreicht, wenn gegen die deutsche Rechtsordnung verstoßen wird (z. B. körperliche Gewalt gegen Kinder).

Zusammenfassend entwickelte sich aus den beiden Workshops der Fachtage der Wunsch nach:

- Kategorisierung von kulturellen Hintergründen (z. B. syrische Familien, afghanische Familien etc.)
- Flächendeckende Zurverfügungstellung von Dolmetschern
- Vorrangig Bedarfsfeststellung, ob Asylfamilien generell Frühe Hilfen benötigen
- Mehr Verantwortungsübernahme durch das Gesundheitswesen

Als Ergebnis ließ sich durch einen moderierten Austausch unter Zuhilfenahme des Expertenwissens der ebenfalls teilnehmenden Referentinnen der Vorträge Folgendes festhalten:

- Es gibt unterschiedliche Vorstellungen von Ideen und Ängsten bei Migrationsfamilien hinsichtlich vorhandener, z. T. kultureller aber auch rechtlicher Strukturen. Oft erfolgt interkulturelle Begegnung nach dem Prinzip „Wahrnehmen“ (z. B. konkretes Verhalten) – „Empfinden“ (positiv / negativ) – „Zuschreiben“ („Schubladen“). Hier bedarf es einer umfassenden Aufklärung im Vorfeld über Hilfeformen/-systeme, rechtliche Rahmenbedingungen sowie die eigene Rolle als Fachkraft.
- Bei kulturellen Spannungsfeldern gilt es abzuklären, inwieweit man selbst als Fachkraft „mitgehen“ kann, wann ist die persönliche oder fachliche Grenze erreicht (z. B. geltendes Recht wie § 8a SGB VIII). Die Problematik liegt hierbei oft in der „Ethnozentrierung“ (d. h. eigene Kultur / Werte höher werten, was ein „Sich-Einlassen“ schwierig macht).
- Durch ein „Lernen am Modell“ können Werte vermittelt werden.
- Bei Spannungsfeldern zwischen persönlich Vertretbarem und gesundheitlich riskanten Verhaltensweisen aufgrund kulturell anderer Erziehungsmethoden sind Rücksprachen mit Netzwerkpartnern (z. B. Kinderarzt) oder der KoKi ratsam und notwendig.
- Alternativen zu Dolmetschern (Sprachmittler, Software, Broschüren) können genutzt werden; das StMAS fördert entsprechende landesweite Programme.

Fazit

Inhaltlich lässt sich festhalten, dass grundsätzlich auch asylsuchende Familien im Kontext Früher Hilfen unterstützt werden können, immer unter der Prämisse, dass die Problemstellungen nicht über den Bedarf einer Frühen Hilfe hinausgehen und im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten der KoKi sowie der GFB bleiben.

Eine große Herausforderung in der Arbeit mit Migrationsfamilien bleibt das kulturelle und normative Spannungsfeld zwischen eigenen Wertevorstellungen und der fachli-

chen / rechtlichen Grenze in der familienbegleitenden Arbeit. Eine herkunftslandspezifische Kategorisierung kulturell bedingter Wertvorstellungen und Handlungsweisen ist nicht möglich und auch nicht zielführend für eine interkulturelle Beratung / Begleitung. Diese würde ein „Sich-Einlassen“ auf andere Kulturen erschweren.

Insgesamt wurden die beiden Fachtage sehr gut von den teilnehmenden Fachkräften bewertet. Es wurde der Wunsch geäußert, weitere Veranstaltungen dieser Art durchzuführen und künftig noch mehr Raum für den interdisziplinären Austausch einzuplanen

Das ZBFS – Bayerisches Landesjugendamt wird in Kooperation mit dem StMAS auch weiterhin Fachveranstaltungen zu aktuellen Themen anbieten.

Sabine Müller / Anja Pondorf / René Ergenzinger

INFO

Fortbildung

„Was macht eigentlich CASHLESS-MÜNCHEN?“

Unter dem Motto „Was macht eigentlich...“ stellt das Bayerische Landesjugendamt immer wieder verschiedene Einrichtungen bzw. Arbeitsfelder aus der bayerischen Jugendhilfe vor. Diese eintägigen Fachveranstaltungen sollen den Teilnehmenden die Gelegenheit bieten, sich über ein spezielles Thema zu informieren, das jeweilige Leistungsspektrum und die Arbeitsweise kennenzulernen und zur Verbesserung der Kooperation bzw. Vernetzung sozialer Dienstleistungen beitragen.

Die letztjährige Fachveranstaltung mit dem Titel: „Was macht eigentlich CASHLESS-MÜNCHEN?“ fand am 22. Oktober in München statt. 27 Teilnehmerinnen aus Jugendämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus ganz Bayern nahmen die Gelegenheit wahr, sich über die Arbeit des Jugendschuldenpräventionsprojektes CASHLESS-MÜNCHEN zu informieren. Die drei Referentinnen und CASHLESS-MÜNCHEN Mitarbeiterinnen Ruth Pfeffer, Eva Hering und Nadja Khan zeigten in ihrem lebendigen, abwechslungsreichen Vortrag und in zwei Workshops verschiedene Perspektiven des Themas „Jugendkonsum & Jugendschulden“ auf. Inhalte des Fachtages waren: die Position von Kindern und Jugendlichen in der Konsumgesellschaft, die ökonomische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen sowie Fakten und Zahlen zur Verschuldung von Jugendlichen. Im Anschluss folgte ein Input zu Online-Werbung mit besonders auf Jugendliche zugeschnittenen Formaten. Nach der Vorstellung von CASHLESS.MÜNCHEN fanden zwei parallele Workshops statt: „Budget im Griff?!?“ und „Die erste eigene Bude, Möbel auf Pump?“ Zum Schluss erfolgte eine Vorstellung der Jugendschuldnerberatung in München - eine wichtige Anlaufstelle für Münchner überschuldete Jugendliche und Fachkräfte, die für ihre Klientel Unterstützung suchen.

Jugend im Shoppingfieber?!?

Kinder und Jugendliche wachsen in Deutschland (wie in anderen westlichen Industrienationen) in einer Konsumgesellschaft auf. Was und wie man konsumiert, bestimmt mit, wie man sich sieht und wie man von anderen gesehen wird. Mit Blick auf eine Marke wie Apple (Kunden übernachteten vor dem Store vor der Veröffentlichung der neuesten, sehr hochpreisigen Produkte und kaufen gerne und bereitwillig technische Produkte, die bei unabhängigen Tests nicht so gut abschneiden wie Konkurrenzmarken) wird deutlich, welche Rolle der Kauf von Produkten in einer Konsumgesellschaft spielt. Güter sind hoch emotional aufgeladen und besitzen über den reinen Gebrauchswert hinaus auch einen emotionalen Symbolwert / „Lifestylewert“. Außerdem stellt Konsum ein Erlebnis dar. „Gemeinsam Shoppen“ ist eine beliebte Freizeitbeschäftigung bei Jugendlichen und Familien. Hinzu kommen die Möglichkeiten und Angebote des Onlineshoppings, das für die „digital natives“ dazu gehören. Über die unterschiedlichsten Werbekanäle werden Botschaften transportiert, die an ein Produkt gekoppelt sind. Mit 20 Jahren hat ein junger Erwachsener bereits 300.000 Produktwerbungen bewusst wahrgenommen. Ein besonders stark „frequenzierter“ Werbekanal von Kindern und Jugendlichen ist Onlinewerbung.

Exkurs: Onlinewerbung

Onlinewerbung ist in Bezug auf Kinder und Jugendliche und der Einfluss auf deren Kaufentscheidungen nicht mehr zu vernachlässigen. Zunächst muss festgehalten werden, dass Onlinewerbung sehr vielfältig ist und sich in Inhalt, Gestaltung, Einbindung in die Website / App und Ansprachen der Zielgruppen stark unterscheiden. Nahezu jede kostenlose App ist werbefinanziert. Dadurch hat sich mittlerweile auch illegale „Abo Abzocke“ etabliert, die Verbrauchern viel Ärger beschert (durch Antippen eines Werbebanners werden Beträge von der Handyrechnung mit abgebucht). Hiervon kann man sich zum Beispiel durch eine „Dritt-anbietersperre“ schützen. Ein für Kinder und Jugendliche zentrales mediales Thema ist die Internet Videoplattform „YouTube“, auf der sogenannte „YouTube Stars“ erfolgreiche Kanäle betreiben (z. B. Bibis Beautypalace, Dagi Bee, Sami Slimani, Melina Sophie, Lio...). Die Clips dieser Stars werden millionenfach geklickt und haben in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen das klassische Fernsehen nahezu abgelöst, was unter anderem die JIM Studie 2014 nachweist. Dieser Trend bleibt Marketingabteilungen nicht verborgen. Somit gibt es mittlerweile viele Werbeverträge, die Unternehmen mit YouTube-Stars abschließen – im Vergleich zu klassischen Werbeformaten findet diese Werbung oft in Form von „Produktplatzierungen“ sehr indirekt in den Videos der Kanalbetreiber statt. Die emotionale Bindung der „Community“ an ihre Stars und die vermeintliche Nähe wird gezielt genutzt und in den Stil der Werbung miteinbezogen. Abgesehen davon ist die Werbegesetzgebung zum Medium „YouTube“ noch lückenhaft. Ebenso zelebrieren viele dieser YouTube-Stars einen sehr auf Kommerz ausgerichteten Lifestyle, den sie in Form von „Vlogs“ (Videotagebüchern) dokumentieren und leben ein Leben vor, in dem ständig auswärts essen, große eigene Wohnungen, häufiges Shoppen neuer Markenklamotten und Pflegeprodukte, viele Luxusreisen usw. Standard zu sein scheinen. Deswegen ist eine konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit den Kindern und Jugendlichen über diese Kanäle ein wichtiger pädagogischer Aspekt.

Kinder und Jugendliche (10 - 19 Jahre) haben durchschnittlich rund 200 Euro im

Monat zur Verfügung (insgesamt eine Kaufkraft von 14 Milliarden Euro). Das Durchschnittseinkommen von Kindern und Jugendlichen variiert natürlich stark nach Alter und Lebenssituation. Bei den 14- bis 17-Jährigen sind es durchschnittlich rund 120 Euro, bei den 18- bis 20-Jährigen bereits 460 Euro und bei den 21- bis 24-Jährigen 1.160 Euro. Ihre Einnahmen setzen sich zusammen aus Taschengeld, Geldgeschenken und Ferien / Schülerjobs, später dann Ausbildungsgehalt, Unterstützung durch Eltern oder staatlichen Bildungshilfen bis hin zum ersten Job nach der Ausbildung / Studium. Kinder von sechs bis 13 Jahren geben ihr Taschengeld laut der Kids Verbraucheranalyse 2014 am liebsten für Süßigkeiten, Zeitschriften, Comics und Getränke aus. Neben ihrem eigenen Konsumverhalten beeinflussen sie auch die Kaufentscheidungen ihrer Eltern.

Der Haushaltsökonom Burkhard Piorkowsky bezeichnet junge Menschen treffend als „verletzliche Verbraucher“. In ihrer Lebensphase kommen mehrere Aspekte zusammen:

- verhältnismäßig geringes Einkommen
- Aufbauphase in ein (finanziell) selbstständiges Leben
- Geringe Vorbereitung in Bezug auf finanzielles Alltagswissen

Ökonomische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen

Ökonomische Sozialisation ist ein Prozess durch den in gegenseitiger Abhängigkeit dauerhafte Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsdispositionen auf persönlicher wie kollektiver Ebene entstehen. Sozialisationsfaktoren sind Eltern und Familie, Institutionen wie Kindergarten und Schule sowie Peergroup, Medien, Nachbarschaft, Verein etc. Eingebettet sind diese Faktoren in ein gesamtgesellschaftliches System mit sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Strukturen. Kinder und Jugendliche erfahren unterschiedliche Entwicklungsphasen der ökonomischen Sozialisation. Im Kindergartenalter definieren Kinder den Wert des Geldes eher über Material und Menge, sie stufen den Wert einer Handvoll Münzen höher ein als den eines Geldscheines. In der Grundschule beginnt das Rechnen u.a. mit Sachaufgaben zu Preisen und Wechselgeld – Kinder entwickeln Preisvorstellungen. Auch gewinnen Konsumgüter als Statussymbol in der Klasse und der Peergroup zunehmend an Bedeutung. Kinder begreifen jetzt auch, dass Geld auf Konten existiert und in der Regel durch Arbeit verdient wird. Jugendliche ab 14 Jahren haben bereits ein komplexeres Verständnis von Angebot und Nachfrage, Herstellungskosten, Gewinnstreben und Wettbewerb sowie Werbestrategien. Bezüglich dem Sozialisationsaspekt der finanziellen Bildung unterscheidet die Forschung fünf Wirkungskanäle: die Erziehung durch die Eltern, Lernen durch Erfahrung mit Geld in der Kindheit, die Behandlung des Themenbereichs Wirtschaft in der Schule sowie die Qualität der Bildung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht die Erziehung durch die Eltern als den bedeutendsten Faktor an. Interessanterweise hat der Bildungshintergrund der Eltern laut dieser Studie keinen Einfluss auf das spätere Finanzverhalten der Kinder – wohl aber, wenn die Eltern ihren Nachwuchs zum z. B zum Sparen und Budgetieren anhalten. Auch ein späteres finanzielles Training außerhalb der Familie führt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen noch zu verbesserten Ergebnissen.

Doch was bedeutet eine transparente finanzielle Erziehung? Ökonomische Sozialisation in der Familie ist eher ein Prozess der unbeabsichtigten, indirekten Beeinflussung als aktives und zielgerichtetes Lehren. Rosendorfer unterscheidet bezüglich des Umgangs mit Geld in der Familie drei Kategorien:

- Geldbeschaffung: entzieht sich weitgehend der Beobachtung

- Geldverwaltung: z. B. Transparenz und Einbeziehung bzgl. des verfügbaren Einkommens und dessen Verteilung
- Geldverwendung: z. B. tägliches Einkaufen, Diskussion über größere Anschaffungen, Verwendung des Taschengeldes

Taschengeld wird in 80 % der Familien regelmäßig an die Kinder gezahlt. Das Jugendamt empfiehlt einen festen Betrag je nach Alter wöchentlich oder monatlich den Kindern auszuzahlen. Taschengeld sollte jedoch nicht als Belohnung oder Bestrafung eingesetzt werden, sondern es sollte den Kindern selbst überlassen werden, wofür sie das Geld ausgeben. Das Deutsche Jugendinstitut hat Taschengeldempfehlungen veröffentlicht, welche als Richtlinie dienen.

Ver- und Überschuldung bei Jugendlichen / jungen Erwachsenen

Insgesamt ist festzuhalten, dass in den letzten 20 Jahren die Überschuldung bei den jungen Erwachsenen (18 - 29-Jährigen) angestiegen ist, besonders stark bei der Gruppe der 18 - 20-Jährigen. Bei jugendlichen Schuldnern ist die Schuldenintensität allerdings geringer. Auch haben sie die Möglichkeit der Schuldenspirale schneller zu entkommen, weil sie recht schnell eine neue Arbeit aufnehmen können. Laut Schuldneratlas 2015 gibt es insgesamt 6,72 Millionen Schuldner; 1,69 Millionen Schuldner sind unter 30 Jahren. Bei den unter 30-Jährigen liegt die Schuldnerquote bei 14,86 %. Häufige Gläubiger der jungen Schuldner sind Telekommunikationsunternehmen, Verkehrsunternehmen (Fahren ohne gültigen Fahrschein), öffentliche Kassen (Geldbußen aus Straftaten), Sozialbehörden (Rückforderungen), Handel, Vermieter, Banken und Privatpersonen. Die durchschnittliche Schuldenhöhe liegt bei 7.300 Euro (bei den 18 - 25-Jährigen, laut Schuldneratlas 2013). Dabei sind Männer etwa doppelt so häufig von Überschuldung betroffen als Frauen. Die Überschuldungsgründe bei den 18 - 25-Jährigen sind laut iff Überschuldungsreport 2014 in der Reihenfolge: Arbeitslosigkeit, inadäquates Konsumverhalten / unwirtschaftliche Haushaltsführung, Einkommensarmut sowie Krankheit / Sucht / Unfall. Zudem spielen Haushaltsgründung und Geburt eines eigenen Kindes eine Rolle.

Überschuldung tritt nicht schlagartig auf, sie ist generell ein kumulativer Prozess mit individuellen und strukturellen Anteilen sowie häufig dem Auftreten von sogenannten kritischen Lebensereignissen. Erfahrungen aus der Jugendschuldnerberatung in München zeigen auf der individuellen Ebene der Klienten folgende Faktoren, die in die Überschuldung führen können: Familiärer Hintergrund (z. B. überbehütender Erziehungsstil), (materieller Druck durch) Peer Group, fehlende Finanzkompetenz und Schwierigkeiten bei der Budgetplanung, psychische Stabilität / Instabilität (u.a. Selbstwertgefühl), (fehlende) Ausbildung und Arbeitssituation (geringes Einkommen, Arbeitslosigkeit), Straffälligkeit. Bezüglich der Überschuldungsgefährdung von Jugendlichen stellte jüngst eine Studie der Hochschule Luzern fest: Nicht alle Jugendlichen und junge Erwachsene sind gleich gefährdet. Ein höheres Risiko haben junge Erwachsene – Männer wie Frauen – mit kleinem schulischen Rucksack, abgebrochener Ausbildung, fehlendem Berufsabschluss und geringem Einkommen. Auch ein schwaches Selbstwertgefühl und eine enge Bindung an materialistisch orientierte Jugendliche erhöhen das Risiko. Sind die jungen Leute zudem in einer Familie mit niedrigem gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Status aufgewachsen und /oder sind sie arbeitslos, so erhöht sich das Risiko. Und wenn schon die Eltern verschuldet waren, ist es noch wahrscheinlicher, dass es bei den Jungen so weitergeht.

Finanzielle Bildung – finanzielle Alltagskompetenz?

Wie wird finanzielle Allgemeinbildung festgestellt? In den meisten Fällen durch Tests zum Verständnis von Zinsen, Inflation und Diversifikation, des Begriffs „Rendite“, der Rolle der EZB im Blick auf die Sicherung der Preisstabilität, des Börsengeschehens etc. Finanzielle Alltagskompetenz bedeutet u.E. jedoch deutlich mehr – auf unterschiedlichen Ebenen:

Wissen

- Recht (Vertrag, Verbraucherrechte, Urheberrecht, etc.)
- Werbe- und Verkaufsstrategien von Wirtschaftsakteuren
- Budgetplanung und Kostenkalkulation (erstes Auto / Wohnung)
- Unabhängige und seriöse Informationsquellen

Bewusstsein

- Eigene finanzielle Ressourcen und Grenzen
- Reflexion des Konsumverhaltens
- Gefühl für eigene Wünsche und Bedürfnisse

Verhalten

- Konsumverhalten bezieht auch ethische und ökologische Kriterien mit ein
- Alltagsbewältigung auch mit knappen finanziellen Mitteln möglich
- Selbstbewusste und informierte Kaufentscheidungen

CASHLESS-MÜNCHEN möchte in seinen Präventionsveranstaltungen diese Ebenen ganzheitlich mit einbeziehen.

Anschließend an die obengenannten finanziellen Alltagskompetenzen hat CASHLESS-MÜNCHEN folgend Ziele:

- Sensibilisierung für die Themen Geld und Schulden
- Förderung einer selbständigen verantwortlichen Finanzplanung
- Förderung einer kritischen Konsumhaltung
- Förderung von finanzieller Alltagskompetenz
- Zugänge zu Hilfsangeboten wie der Jugendschuldnerberatung schaffen
- Erkennen der eigenen Ressourcen und der eigenen Grenzen
- Erweiterung von Handlungsspielräumen als mündige Verbraucher

Gestartet ist CASHLESS-MÜNCHEN 2005 mit Jugendlichen in der beruflichen Bildung. Diese Gruppe verfügt zum einen schon über ein eigenes regelmäßiges Einkommen, zum anderen ist sie – bald oder bereits – volljährig. Somit sind die Jugendlichen voll geschäftsfähig, haben Zugang zu Krediten, Finanzierungskäufen und befinden sich an der Schwelle zur finanziellen Selbstständigkeit. Der Bedarf an praktisch anwendbarem Wissen ist daher besonders hoch. Seit 2008 ist CASHLESS-MÜNCHEN zusätzlich an Mittelschulen und seit 2014 an Grundschulen aktiv. Außerdem führt CASHLESS-MÜNCHEN Veranstaltungen für Jugendliche in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen (BvJ, BvB, abH etc.) und in Einrichtungen der Jugendhilfe (Betreutes Wohnen, Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge u. a.) sowie dem Jugendarrest durch.

In methodisch abwechslungsreicher, lebensweltorientierter Form werden gemeinsam mit den Teilnehmenden die Themen erarbeitet, die erste längerfristige finanzielle Verpflichtungen bzw. Überschuldungsrisiken in sich bergen, wie zum

Beispiel der Abschluss eines Handy-oder Fitnessvertrags, Kredit- und Finanzierungsangebote oder die erste eigene Wohnung. Auch krisenhafte Lebensereignisse und Schulden, Folgen einer unbezahlten Rechnung und erste Lösungsschritte bei Überschuldung werden behandelt sowie seriöse und kostenfreie lokale Schuldner- und Rechtsberatungsangebote vorgestellt. In Absprache mit den Pädagoginnen und Pädagogen berücksichtigt CASHLESS-MÜNCHEN bei der Themenwahl sowohl die derzeitige Lebenssituation und Interessen der Jugendlichen, als auch ihren Bildungshintergrund. Die CASHLESS-MÜNCHEN Präventionsveranstaltungen in Berufsschulen zielen darauf ab, die Jugendlichen auf ihrem Weg in die Selbständigkeit zu stärken und ihre finanziellen Alltagskompetenzen zu erweitern. In Mittelschulen führt CASHLESS-MÜNCHEN in Kooperation mit schulnahen Jugendtreffs primär sogenannte Stationenläufe durch, die sich mit den Themen: Konsum, Werbung, Handy & Internet sowie Familienbudget befassen. Ebenso gibt es für die Mittelschulen das Angebot des „Fair Trade Stationenlaufs“. Für die Grundschulen gibt es Konzepte mit den Schwerpunkten Geldkunde, Werbung und Produktionskreislauf eines Smartphones. Darüber hinaus werden auch Kultur- und Medienprojekte (Theater- und Filmprojekte) angeboten, die eine aktive, kreative und damit besonders nachhaltige Auseinandersetzung der Jugendlichen mit dem Thema fördern. Außerdem entwickelt CASHLESS-MÜNCHEN jugendgerechte Informationsmedien. Neben der Homepage, die Infos zu unterschiedlichen Finanz- und Verbraucherschutzthemen bereit hält, gibt es die Möglichkeit, Flyer, Vorlagen für Haushaltspläne, Poster und Unterrichtskonzepte zu bestellen bzw. herunterzuladen. Außerdem bietet CASHLESS-MÜNCHEN auch Multiplikatorenschulungen an.

Die Teilnehmerinnen des Fachtags konnten abschließend durch zwei Workshops einen lebendigen Einblick in die Arbeit von CASHLESS-MÜNCHEN gewinnen.

Workshop: „Budget im Griff?!?“

Fallbeispiel Seyda

Seyda (20 Jahre) hat ihre Lehre als Drogistin vor kurzem abgeschlossen und verdient jetzt netto 1.300,- Euro monatlich. Sie ist bei ihren Eltern ausgezogen und hat mit viel Glück ein kleines Appartement gefunden. Dafür zahlt sie 600,- Euro (inklusive Nebenkosten). Den Strom muss sie extra an die Stadtwerke zahlen.

Aufgabe für die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer war es, einen Haushaltsplan für einen Monat aufzustellen. Wie viel Geld gibt sie für Kleidung, Körperpflege, Handyvertrag, Zigaretten, Ernährung etc. aus? Welche Möglichkeiten gibt es, wenn die erste Kalkulation in den Minusbereich rutscht?

Seyda hat seit drei Monaten einen neuen Freund. Leider wohnt er in Starnberg und Seydas Monatskarte reicht nicht bis dahin. Da sie sich nicht immer extra eine Fahrkarte kaufen wollte, wenn sie zu ihm fährt, ist sie nun schon zum dritten Mal beim Schwarzfahren erwischt worden. Heute bekommt sie einen Brief von einem Inkassounternehmen. Aus den dreimal 60,- Euro sind inzwischen Kosten und Gebühren von 255,- Euro geworden. Seyda soll den Gesamtbetrag nun innerhalb von 14 Tagen zahlen. Seyda hat nicht genug Geld auf dem Konto.

Die Teilnehmerinnen diskutierten, welche Konsequenzen es haben würde, wenn Seyda die fälligen Gebühren nicht bezahlt und welche Lösungsschritte es in ihrer Situation gibt.

„Die erste eigene Bude, Möbel auf Pump?“

In diesem Workshop wird das Fallbeispiel von *Samira (20 Jahre)* genauer betrachtet. Sie hat ihre Ausbildung beendet und zieht in ihre erste eigene Wohnung. Anhand unterschiedlicher Stationen (Haushaltsplan, Wohnungsbesichtigung, SCHUFA Auskunft, Auszug, Wohnungsausstattung, Kredit-Beratungsgespräch, Stromschulden) werden verschiedene Herausforderungen gezeigt. Die Workshop-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer überlegten gemeinsam wie *Samira* diesen Problemen begegnen kann und spielten das Kredit-Beratungsgespräch in einem Rollenspiel nach und überlegten erste Handlungsschritte bei Stromschulden.

In den Augen der Referentinnen war es ein gelungener Fachtag, der sich vor allem durch die engagierte Mitarbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auszeichnete.

Kontakt:

CASHLESS-MÜNCHEN Jugendschuldenprävention

Leitung: Ruth Pfeffer

Fon: 089/514106983

www.cashless-muenchen.de

info@cashless-muenchen.de

Personalia

Verzeichnis der Bayerischen Jugendämter

Das **Jugendamt Ingolstadt** wurde geteilt: Der Jugendamtsleiter der Stadt Ingolstadt **Maro Karmann** hat das Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung übernommen. Der **neue Leiter des Amtes für Jugendliche und Familien** ist ab sofort der bisheriger Stellvertreter **Oliver Betz**.

Albert Müller, Amtsleiter des **Kreisjugendamtes Tirschenreuth**, geht in Altersteilzeit. Sein bisheriger Stellvertreter, **Emil Slany** übernimmt die Leitung des Jugendamtes ab 18. Oktober 2016.

Cornelia Neun, Leiterin des **Amtes für Familie, Jugend, Senioren und Integration der Stadt Ansbach**, ging nach 45 Dienstjahren bei der Stadt Ansbach - hiervon 36 Jahre im Jugendamt und 25 Jahre als dessen Leiterin – am 01.09.2016 in den Ruhestand. Die Leitung des Jugendamtes übernimmt die bisherige Stellvertreterin, **Christine Freitag**.

Landesjugendhilfeausschuss

Leslie Trüstedt wurde als Nachfolgerin von **Wilfried Krames** als beratendes Mitglied des LJHA vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz benannt und vom StMAS berufen.

Jonas Stecher wurde als stimmberechtigtes Mitglied des LJHA als Nachfolger von **Caroline Reudelsdorf** vom BRK benannt und vom StMAS berufen worden.

Bayerisches Landesjugendamt

Jutta Mikulasch-Gyba, Sachbearbeiterin der Zentralen Adoptionsstelle, ist nach mehr als 30 Jahren im Landesjugendamt in den wohlverdienten Ruhestand gegangen. Wir wünschen ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Vanessa Völkel verstärkt seit 16.08.2016 als Sachbearbeiterin das Team II/4 Hilfen, Zentrale Adoptionsstelle. Dort bearbeitet sie die Aufgabenbereiche Gewalt in Familien, Inobhutnahmen, Steuerung der Einzelfallhilfe, Eingliederungshilfe und Kinderschutz.

Andrea Stötter, Sachbearbeiterin im Team II/2 Projekt Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) und im Team II/5 Fortbildung, hat das Landesjugendamt zum 01.10.2016 verlassen. Wir wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Astrid Barrios, Sachbearbeiterin im Team II/2 Familienbildung und –beratung, Elternbriefe hat das Landesjugendamt ebenfalls zum 01.10.2016 verlassen. Auch ihr wünschen wir für die Zukunft alles Gute.

BLJA MITTEILUNGSBLATT (MittBl)

Herausgeber

Zentrum Bayern Familie und Soziales
Bayerisches Landesjugendamt,
Marsstrasse 46, 80335 München,
Telefon 089/1261-04, Fax 089/1261-2280
Internet: www.blja.bayern.de
E-Mail: poststelle-blja@zbfs.bayern.de

V.i.S.d.P.

Hans Reinfelder

Redaktion

Renate Eder-Chaaban, Renate Hofmeister

Bezugsbedingungen

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe und der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern sowie die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses erhalten das Mitteilungsblatt im Rahmen der Informationspflicht des Landesjugendamtes kostenlos. Darüber hinaus ist der Bezug im Abonnement möglich. Die Abonnenten erhalten zusätzlich das aktuelle Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes. Das Mitteilungsblatt erscheint 4 x im Jahr, das Jahresabonnement kostet € 18,- incl. Portokosten, die Einzelausgabe € 4,- zuzüglich Portokosten. Das Abonnement wird für ein Jahr abgeschlossen. Kündigung ist zum Jahresende mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen möglich. Wird die Frist nicht eingehalten, verlängert sich das Abonnement automatisch für ein Jahr. Bezug über das Bayerische Landesjugendamt gegen Rechnung.

Gesamtherstellung

Computer Print,
Hochstrasse 11, 82024 Taufkirchen
E-Mail: info@computerprint.de, www.computerprint.de

ISSN 1430-1237

Frank Schönberger, arbeitet seit 16.08.2016 im Team II/1 Recht und hat dort die Aufgaben Bundesinitiative Netzwerk Frühe Hilfen und Familienhebammen, Förderverfahren übernommen.

Eva Maria Eckstein ist seit Anfang August in Elternzeit und hat Ende September ein gesundes Mädchen zur Welt gebracht. Wir gratulieren der jungen Familie und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Giuseppina Alongi verstärkt seit 01.09.2016 als Bearbeiterin das Team II/3 Gremien und Öffentlichkeitsarbeit, JuBB und Team II/4 Hilfen, Zentrale Adoptionsstelle.

Markus Keseberg hat die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder zum 01.10.2016 verlassen. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Maria Lindner verstärkt seit 12.09.2016 als Sachbearbeiterin die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder.

Zu guter Letzt

„Wenn Du immer wieder das tust, was Du immer schon getan hast, dann wirst Du immer wieder das bekommen, was Du immer schon bekommen hast. Wenn Du etwas anderes haben willst, musst Du etwas anderes tun! Und wenn das, was Du tust, Dich nicht weiterbringt, dann tu etwas völlig anderes, statt mehr vom gleichen Hinderlichen zu tun.“
(Paul Watzlawick, 1921 - 2007)